

## Opposition fordert neues »Führungsgremium«

Burmas Oppositionspartei, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), hat dazu aufgerufen, ein neues »oberstes Führungsgremium« zu bilden, das die Militärherrscher, politischen Parteien und ethnische Gruppen zusammenbringen soll. NLD-Sprecher U Lwin sagte in einer Rede anlässlich des Unabhängigkeitstages am 4. Januar 2006, dass eine neue regierende Körperschaft das Land in einen Übergang zur Demokratie führen könne. Dieser Übergang müsse in einem bestimmten Zeitrahmen erfolgen. In einer Erklärung zum Unabhängigkeitstag hieß es von der NLD jedoch auch, die Vorbedingung für jeglichen politischen Dialog sei die Freilassung von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und anderen politischen Gefangenen.

Die Militärführung feierte den 58. Jahrestag der Unabhängigkeit mit einer zeremoniellen Flaggenhissung und einer Ansprache des Vorsitzenden des SPDC Than Shwe. Burma erhielt 1948 seine Unabhängigkeit von der britischen Krone.

vgl. Agence France Presse 4.1.06; Associated Press 4.1.06

## Hausarrest verlängert

Das burmesische Militär hat den Hausarrest der Generalsekretärin der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi um weitere zwölf Monate verlängert. Vertreter der Regierung haben bei einem kurzen Besuch die Verlängerung des Arrests verlesen. Von den letzten 16 Jahren verbrachte die Oppositionspolitikerin mehr als zehn Jahre unter Hausarrest. Sie darf keine Besucher empfangen und das Telefon nicht benutzen.

vgl. BBC News 27.11.05

## EU überprüft Visaverbot

Die Europäische Union denkt über ihre strikten Visabeschränkungen für hochrangige burmesische Regierungs- und Militärangehörige nach. Mit dieser Maßnahme könnte die Diskussion mit dem Regime über Menschenrechte und Demokratie gefördert werden.

Die Außenminister der EU besprachen die Angelegenheit in einer privaten Sitzung auf einem Ende Januar 2006 stattfindenden Treffen des »General Affairs and External Relations Council« in Brüssel. »Es gab Diskussionen ..., eine Lösung für die Frage der Teilnahme von burmesischen Ministern an den verschiedenen ASEM (Asia Europe Meeting) Treffen zu finden, die 2006 in Europa stattfinden sollen«, sagte ein EU-Diplomat der Zeitung The Irrawaddy. »Wir arbeiten an einer Lösung, die hoffentlich sowohl für die europäischen als auch für die asiatischen Partner akzeptabel ist und im Einklang mit der existierenden Gemeinsamen EU-Position steht.«

Gegenwärtig kann kein hochrangiger burmesischer Militär- oder Regierungsangehöriger nach Europa reisen. Brüssel plant jedoch eine Klausel in der Gemeinsamen Position zu nutzen, die es den Mitgliedsländern erlaubt, »Ausnahmen zu gewähren, wenn die Reise aufgrund dringender humanitärer Notwendigkeit oder der Teilnahme an Regierungstreffen gerechtfertigt ist.« Das momentane Abkommen, das zum letzten Mal im April 2005 erneuert wurde und für die Dauer eines Jahres gilt, ist abhängig von einem politischen Dialog, »der direkt die Demokratie, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Burma/Myanmar fördert.« Es ist noch nicht ganz klar, was die Entscheidung im Hinblick auf die Person bedeutet, die die EU als Repräsentanten auf ASEM Treffen – das

wichtigste davon wird das Gipfeltreffen der Staatschefs im September in Helsinki sein – zu akzeptieren bereit ist. Man nimmt an, dass es dem Chef der Junta, Senior-General Than Shwe nicht erlaubt sein wird, teilzunehmen. Brüssel ist sehr darauf bedacht, eine Konfrontation mit seinen asiatischen Partnern zu vermeiden und gleichzeitig zu garantieren, dass Burma betreffende Fragen bei zukünftigen ASEM Treffen angesprochen werden, ohne dass die Mitglieder von ASEAN – inklusive Burma – zustimmen müssen. Neue Richtlinien würden auch die Möglichkeit informeller Gespräche am Rande solcher Gipfeltreffen eröffnen.

Die Entwicklungen in Brüssel folgen einer Entscheidung der Niederlande im letzten September, dem burmesischen Wirtschaftsminister Soe Than ein Visum für ein ASEM-Treffen in Rotterdam zu verweigern, was eine Beschwerde Japans nach sich zog.

vgl.: Irrawaddy, 3.2.06

## EU-Kommission eröffnet Büro in Rangun

Das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) hat in Rangun ein Büro eröffnet. Die Europäische Kommission verspricht sich eine bessere Einschätzung der humanitären Bedürfnisse und Überwachung von Projekten. Seit über zehn Jahren vergibt die Europäische Kommission Hilfgelder für besonders gefährdete Gruppen in Burma sowie Flüchtlinge an der thailändisch-burmesischen Grenze. Bisher wurde die humanitäre Hilfe für Burma vom regionalen Büro in Bangkok verwaltet.

vgl. Delegation der Europäischen Kommission in Thailand 6.12.05

## Reise der ASEAN-Delegation verschoben

Der Sondergesandte der Vereinten Nationen in Burma, Ismail Razali, verlängert seinen im Dezember 2005 abgelaufenen Vertrag nicht. Seit 23 Monaten habe er nicht mehr nach Burma einreisen dürfen und es sei klar, dass die Militärregierung ihn nicht zurück haben wolle, so Razali. Der Diplomat half die Gespräche zwischen Aung San Suu Kyi und SPDC im Oktober 2000 zustande zu bringen. Außerdem trieb er ihre zeitweilige Freilassung aus dem Hausarrest im Mai 2002 voran. Laut Razali kam der Prozess nach der Verhaftung des Ex-Premiers Khin Nyunt im Jahr 2004 zu einem endgültigen Ende. Unklar ist, wer Razalis Nachfolger antreten wird.

Mit dem Besuch einer Dele-

gation der ASEAN geht es ebenfalls erst einmal nicht voran. Die Einreise wurde von der burmesischen Regierung auf unbestimmte Zeit verschoben. Laut Außenminister Nyan Win sei die burmesische Regierung derzeit mit dem Regierungsumzug nach Pyinmana zu beschäftigt, als dass sie Gäste empfangen könne. Die Einreise einer Delegation zur Überprüfung der Fortschritte Burmas auf dem Weg zur Demokratisierung war am Rande des ASEAN-Gipfels im Dezember 2005 von verschiedenen ASEAN-Mitgliedern gefordert und vom burmesischen Vertreter auch zugesagt worden.

vgl. BBC News 6.1., 8.1.06, ABC Asia Pacific 9.1.06, Junge Welt 10.1.06

## Burma im UN-Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig dem US-Gesuch zugestimmt, sich in einem Informationsgespräch mit der Menschenrechtssituation in Burma zu beschäftigen. Diese informelle Anhörung bedeute aber nicht, dass Burma formal auf die Agenda des Sicherheitsrates gesetzt und damit Gegenstand für eine Resolution oder weiterreichende Aktionen werde. In dem informellen Gespräch am 16.12.2005 erklärte der UNO-Beauftragte für politische Entwicklung, Ibrahim Gambari, dass er Burma auf eine humanitäre Krise zusteuern sehe. Gambari berichtete auch über anhaltende Menschenrechtsverletzungen, die Ausbreitung von Krankheiten wie HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose, die

Nahrungsunsicherheit, den Drogenhandel und andere Probleme des Landes. Das Gespräch gilt als ein Kompromiss zwischen Ländern, welche die Situation in Burma als Bedrohung für die regionale und internationale Sicherheit ansehen, und den Ländern, die diese Einschätzung nicht teilen.

Viele Organisationen, darunter Human Rights Watch, Amnesty International, Refugees International und Burma-Unterstützerorganisationen hatten sich für eine Aufnahme Burmas auf die Agenda des UN-Sicherheitsrates eingesetzt. Auch das Europäische Parlament hatte dies in einer Resolution gefordert.

vgl. AP, 2.12.05, EU-Parlament 17.11.05

## Junta beeilt sich mit Umzug

Die burmesische Junta bereitet sich darauf vor, bis Ende Januar 2006 alle verbleibenden Ministerien in die neue administrative Hauptstadt Pyinmana zu verlegen. Bis Redaktionsschluss Anfang März waren auch die meisten der Ministerien umgezogen. Eines der Gerüchte, warum die Junta es so eilig hat, den Umzug zu beenden, besagt, dass Snr.-Gen. Than Shwe Rangun so schnell wie möglich verlassen möchte, um zu vermeiden, dass seine Familie Schaden nimmt. Politiker Amyotheryei Win Naing sagte, dass einer von Than Shwes Söhnen nach einem Autounfall ins Krankenhaus eingeliefert wurde, was Than Shwe als schlechtes Omen wertet. Burmas Militärregierung begann im November 2005 mit dem Umzug der Schlüsselministerien nach Pyinmana. Die Mitarbeiter der Ministerien sind allerdings nicht permanent in der Stadt geblieben. Gruppen von 10-30 Mitarbeitern aus jedem Ministerium verbringen routinemäßig eine Woche in der neuen Hauptstadt, bevor sie nach Rangun zurückkehren und durch eine neue Gruppe ersetzt werden. »Viele der Ministerien sind schon hier«, so ein Einwohner Pyinmanas, »aber ich glaube nicht, dass sie schon mit der Arbeit begonnen haben. Wir sehen nur Männer, keine Familien oder Kinder.« Der Bau der Ministerien in Pyinmana hat weitere Veränderungen in die abgelegene Stadt gebracht. Ein Geschäftsmann berichtete, dass jetzt eine neue Zug- und neun Buslinien von Pyinmana nach Rangun verkehren. Myanmar Airways bietet ebenfalls einen Service nach Pyinmana an. Die internationale Gemeinschaft und die Nachbarländer – inklusive Thailand – haben die burmesische Regierung dafür kritisiert, sie nicht im Vorfeld über den Umzug informiert zu haben.

vgl.: Irrawaddy, 25.1.06

nachrichten